



Kleine Anfrage

der Abgeordneten der Abgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber
(SPD)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Fragesteller:

Landtag und Landesregierung haben in der Vergangenheit wiederholt die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein betont.

1. Hat die Landesregierung Kenntnisse über den Stand des Besetzungsverfahrens für die Leitungsprofessur am Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung des Institutes für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität Kiel (ehemals SCHIFF)?

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers hat die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Ausschreibung einer W2 Professur für Internationale Politik und Internationale Gesellschaft gemäß § 62 Abs. 2 Hochschulgesetz Ende Juni 2009 angezeigt. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hat der Ausschreibung nicht widersprochen. Aufgrund des üblichen Verfahrens geht die Landesregierung davon aus, dass die Hochschule die Professur inzwischen ausgeschrieben hat. Darüber hinausgehende Kenntnisse zum Stand des Berufungsverfahrens hat die Landesregierung nicht.

2. Wenn ja, wie will die Landesregierung gewährleisten, dass Friedens- und Konfliktforschung auch mit der Neubesetzung weitergeführt und -entwickelt wird?

Die Hochschule hat in der Satzung zur Einrichtung des Instituts für Sozialwissenschaften festgelegt, dass zum Institut auch der Arbeitsbereich SCHIFF gehört.

Aus Sicht der Landesregierung ist damit der Erhalt der Friedens- und Konfliktforschung gewährleistet.

3. Hält die Landesregierung den Ausschreibungstext für die o.g. Stelle für hinreichend, um die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu gewährleisten?

Ja. Die Denomination der Professur hat sich nicht geändert. Wie bei der Ausschreibung 2007 ist mit der Professur wieder die Leitung des Arbeitsbereichs Friedens- und Konfliktforschung verbunden.

4. Ist der Landesregierung bekannt, dass mit der Neubesetzung auch eine Neustrukturierung des Arbeitsbereiches innerhalb einer Übergangszeit von fünf Jahren vorgesehen war?

Im Rahmen der angezeigten Neuausschreibung hat die CAU auf die geplante inhaltliche Erweiterung der Professur hingewiesen.

5. Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?

Die CAU wird die bisherige enge Orientierung an Friedens- und Konfliktforschung inhaltlich erweitern. Neben den Strukturen und globalen Trends, die für die sozialwissenschaftliche Analyse von Kriegen und Konflikten wichtig sind, soll die Professur sich auch mit internationalen Bemühungen um Regelungen globaler Probleme und Konfliktprävention befassen. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass damit der Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung gut abgedeckt ist.



Kleine Anfrage

der Abgeordneten der Abgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber
(SPD)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Fragesteller:

Landtag und Landesregierung haben in der Vergangenheit wiederholt die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein betont.

1. Hat die Landesregierung Kenntnisse über den Stand des Besetzungsverfahrens für die Leitungsprofessur am Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung des Institutes für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität Kiel (ehemals SCHIFF)?

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers hat die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Ausschreibung einer W2 Professur für Internationale Politik und Internationale Gesellschaft gemäß § 62 Abs. 2 Hochschulgesetz Ende Juni 2009 angezeigt. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hat der Ausschreibung nicht widersprochen. Aufgrund des üblichen Verfahrens geht die Landesregierung davon aus, dass die Hochschule die Professur inzwischen ausgeschrieben hat. Darüber hinausgehende Kenntnisse zum Stand des Berufungsverfahrens hat die Landesregierung nicht.

2. Wenn ja, wie will die Landesregierung gewährleisten, dass Friedens- und Konfliktforschung auch mit der Neubesetzung weitergeführt und -entwickelt wird?

Die Hochschule hat in der Satzung zur Einrichtung des Instituts für Sozialwissenschaften festgelegt, dass zum Institut auch der Arbeitsbereich SCHIFF gehört.

Aus Sicht der Landesregierung ist damit der Erhalt der Friedens- und Konfliktforschung gewährleistet.

3. Hält die Landesregierung den Ausschreibungstext für die o.g. Stelle für hinreichend, um die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu gewährleisten?

Ja. Die Denomination der Professur hat sich nicht geändert. Wie bei der Ausschreibung 2007 ist mit der Professur wieder die Leitung des Arbeitsbereichs Friedens- und Konfliktforschung verbunden.

4. Ist der Landesregierung bekannt, dass mit der Neubesetzung auch eine Neustrukturierung des Arbeitsbereiches innerhalb einer Übergangszeit von fünf Jahren vorgesehen war?

Im Rahmen der angezeigten Neuausschreibung hat die CAU auf die geplante inhaltliche Erweiterung der Professur hingewiesen.

5. Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?

Die CAU wird die bisherige enge Orientierung an Friedens- und Konfliktforschung inhaltlich erweitern. Neben den Strukturen und globalen Trends, die für die sozialwissenschaftliche Analyse von Kriegen und Konflikten wichtig sind, soll die Professur sich auch mit internationalen Bemühungen um Regelungen globaler Probleme und Konfliktprävention befassen. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass damit der Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung gut abgedeckt ist.



Kleine Anfrage

der Abgeordneten der Abgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber
(SPD)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Fragesteller:

Landtag und Landesregierung haben in der Vergangenheit wiederholt die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein betont.

1. Hat die Landesregierung Kenntnisse über den Stand des Besetzungsverfahrens für die Leitungsprofessur am Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung des Institutes für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität Kiel (ehemals SCHIFF)?

Nach dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers hat die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die Ausschreibung einer W2 Professur für Internationale Politik und Internationale Gesellschaft gemäß § 62 Abs. 2 Hochschulgesetz Ende Juni 2009 angezeigt. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hat der Ausschreibung nicht widersprochen. Aufgrund des üblichen Verfahrens geht die Landesregierung davon aus, dass die Hochschule die Professur inzwischen ausgeschrieben hat. Darüber hinausgehende Kenntnisse zum Stand des Berufungsverfahrens hat die Landesregierung nicht.

2. Wenn ja, wie will die Landesregierung gewährleisten, dass Friedens- und Konfliktforschung auch mit der Neubesetzung weitergeführt und -entwickelt wird?

Die Hochschule hat in der Satzung zur Einrichtung des Instituts für Sozialwissenschaften festgelegt, dass zum Institut auch der Arbeitsbereich SCHIFF gehört.

Aus Sicht der Landesregierung ist damit der Erhalt der Friedens- und Konfliktforschung gewährleistet.

3. Hält die Landesregierung den Ausschreibungstext für die o.g. Stelle für hinreichend, um die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu gewährleisten?

Ja. Die Denomination der Professur hat sich nicht geändert. Wie bei der Ausschreibung 2007 ist mit der Professur wieder die Leitung des Arbeitsbereichs Friedens- und Konfliktforschung verbunden.

4. Ist der Landesregierung bekannt, dass mit der Neubesetzung auch eine Neustrukturierung des Arbeitsbereiches innerhalb einer Übergangszeit von fünf Jahren vorgesehen war?

Im Rahmen der angezeigten Neuausschreibung hat die CAU auf die geplante inhaltliche Erweiterung der Professur hingewiesen.

5. Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?

Die CAU wird die bisherige enge Orientierung an Friedens- und Konfliktforschung inhaltlich erweitern. Neben den Strukturen und globalen Trends, die für die sozialwissenschaftliche Analyse von Kriegen und Konflikten wichtig sind, soll die Professur sich auch mit internationalen Bemühungen um Regelungen globaler Probleme und Konfliktprävention befassen. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass damit der Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung gut abgedeckt ist.